

Beschluss

der 2. Tagung des 3. Parteitags der Partei DIE LINKE. Thüringen

(Mehrheitlich angenommen, bei 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen)

Die Linke. Thüringen 2020 - Stark für die Zukunft!

1. Einleitung:

Die LINKE. Thüringen ist stark. Sie ist aus dem politischen Leben des Freistaates nicht mehr wegzudenken. Um den künftigen Anforderungen an die Partei, ihr Wirken in den Landesverband und die Gesellschaft hinein gerecht zu werden, müssen wir unsere Strukturen hinterfragen und uns für die Zukunft neu aufstellen. Das ist auch Ausgangsbasis für den Beschluss des Parteivorstandes DIE LINKE. 2020, der Bestandteil des Diskussionsprozesses in Thüringen war und ist.

Ausgehend vom Beschluss des Eisenberger Parteitages im März 2006, der die Regionalisierung der Thüringer LINKEN beschloss, haben wir an der Weiterentwicklung der Struktur im Landesverband gearbeitet. Auf der dritten Tagung des 2. Parteitages am 28. Mai 2011 in Sömmerda wurde der Beschluss gefasst „Politik für die Zukunft, die heute beginnt!“ in dem es u.a. heißt:

„Unsere Mitgliederwerbung und unser Werben um finanzielle Unterstützung zur Realisierung unserer politischen Arbeit muss insofern immer auch eine Einladung zum Mitdiskutieren und zur Mitarbeit in unserer Partei sein. Wir stehen insgesamt vor der Herausforderung, unsere Partei zukunftsfähig zu machen. Diesbezüglich gehören sowohl unsere Arbeitsweisen als auch unsere Parteistrukturen daraufhin geprüft, inwieweit sie die Umsetzung unserer politischen Ziele effektiv unterstützen. In unserem Verständnis als „Partei von unten“ stehen dabei die Landes-, Kreis- und Lokalebene im Zentrum aller Strukturdiskussionen, deren entscheidende Frage lauten muss: Wie werden wir vor Ort, das heißt in den Gemeinden und Stadtteilen wieder handlungs- und damit politikfähiger?“

Im Ergebnis der durchgeführten Regionalkonferenzen und der Landestrukturkonferenz wird diese Frage wie folgt beantwortet.

Für DIE LINKE. stehen folgende Aufgaben zur Sicherung und Stärkung der Handlungsfähigkeit im Zentrum:

- Meinungsbildung in der Partei durch Grundsatz- und Strategiearbeit sowie politische Bildung,
- Meinungsbildung in der Gesellschaft durch Bürgerdialog und Öffentlichkeitsarbeit,
- Wahlkampforganisation und -durchführung,
- Mitgliedergewinnung und -beteiligung, Organisation des Parteilebens.

2. Ziele

Die LINKE. Thüringen muss als politische Partei mit einer breit aufgestellten Mitgliedschaft in die Gesellschaft wirken. Daher kann das Ziel nur bleiben, Mitgliederpartei zu sein.

Zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kampagnenfähigkeit müssen die gesellschaftlich akuten Widersprüche aufgegriffen, die eigenen Mitglieder einbezogen sowie Bündnispartnerinnen und –partner gewonnen werden. Kampagnen gilt es gut vorzubereiten, wirksam durchzuführen und ehrlich auszuwerten.

Die demokratische Willensbildung ist weiter zu entwickeln. Dazu gehören Mitgliederentscheide und eine Kultur der Willensbildung, die verschiedene Methoden erlaubt und persönliche Verletzungen vermeidet und ausschließt. Wichtig ist, dass die Präsenz der Partei in der Fläche erhalten bleibt, um die Mitglieder in die Entscheidungen einzubeziehen.

Transparenz ist das oberste Gebot, auch bei der Finanzarbeit. Jedes Mitglied hat ein Recht zu wissen, wofür seine Beiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden verwendet werden. Beitragsehrlichkeit und die Organisation von Spenden, eine ordentliche Finanzplanung und -abrechnung sind Aufgaben der Vorstände aller Ebenen.

Geschäftsstellen gewährleisten unsere Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger und erleichtern den Kontakt zwischen den Mitgliedern und den verschiedenen Gliederungen der Partei. Nicht zuletzt sind sie logistische Zentren der Partei. Mindestausstattungen, Aufgaben und Anzahl der Geschäftsstellen sind anhand der finanziellen Ressourcen, der demographischen Entwicklung und der notwendigen Aufgabenerfüllung zu definieren, die die vorhandenen Strukturen aufnimmt und diese im solidarischen Einvernehmen aller weiterentwickelt.

DIE LINKE. Thüringen braucht eine Personalentwicklung in Form einer systematischen Nachwuchsförderung. Dazu muss eine Personaldatenbank bezüglich der Qualifizierung unserer Mitglieder für Ämter aufgebaut werden. Diese Aufgaben liegen in der Verantwortung der Landesgeschäftsführung.

3. Struktur

DIE LINKE. Thüringen gliedert sich derzeit in 2 Regionalverbände, 15 Kreisverbände und 4 Stadtverbände (Erfurt, Jena, Gera, Suhl), die Kreisverbänden gleichgestellt sind. Erfurt kommt als Landeshauptstadt, mit Sitz der Landesregierung, des Landtages und der Landesgeschäftsstellen der im Landtag vertretenen Thüringer Parteien sowie zahlreicher Institutionen und Verbände eine besondere Aufgabe zu.

Nach Vorgaben des Abschlussberichtes des Parteivorstandes DIE LINKE 2020, soll Thüringen zukünftig eine Landesgeschäftsstelle und 4 Regionalgeschäftsstellen mit insgesamt 9 Mitarbeitern haben.

In Anbetracht der ländlichen Infrastruktur und der topografischen Besonderheiten wird jedoch vorgeschlagen, dass sich der Landesverband künftig in 6 Regionalverbände gliedert. Geprüft werden muss in diesem Zusammenhang, ob sich die 2006 gebildeten Regionen bewährt haben oder Veränderungen erforderlich sind.

3.1. Landesverband/Landesgeschäftsstelle

Auf Ebene des Landesverbandes verbleibt die Landesgeschäftsstelle. Diese hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Sekretariat, Dokumentation, Archivierung, Organisation
2. Technische Dienste, Veranstaltungsabsicherung
3. Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen und Aktionen, Wahlen, Pressearbeit
4. Parteiarbeit, Beratungsangebote, Finanzen, Mitgliederentwicklung, Mitgliederverwaltung
5. politische Bildung, Jugend(verbands)arbeit

3.1.1. Für die Regionalstrukturen

organisiert die Landesgeschäftsstelle:

- a) die Anleitung, Weiter- und Fortbildung und den Erfahrungsaustausch der Regional MitarbeiterInnen,
- b) die Bereitstellung einheitlicher Hard- und Software, damit ein einheitliche Standard gewährleistet wird, der den ungehinderten Daten- und Informationsaustausch ermöglicht,
- c) die ausreichende Finanzausstattung zur Aufgabenerfüllung,
- d) die Bereitstellung von Bildungs- und Schulungsmaterialien für die Regionen auch um politische Inhalte in verschiedenen Formen in den Regionen weiter zu transportieren
- e) den Abschluss und die Kontrolle von Verträgen zu Kommunikation/ Strom/ Telekom/ Internet/ Handy...

3.1.2. Hauptamtliches Personal

Die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle und die RegionalmitarbeiterInnen sind Angestellte des Landesverbandes Thüringen. Zur Erfüllung der Aufgaben sind 11 Vollzeitstellen beim Landesverband vorzuhalten, davon 6 in den Regionalverbänden. Für die Vergütung der Angestellten des Landesverbandes ist der Tarifvertrag anzuwenden. Die weiteren Aufgaben lt. Landessatzung werden durch hauptamtliche Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes erfüllt. Die hauptamtliche Ausübung eines Parteiarnes und die Höhe der Vergütung bedürfen eines Beschlusses des Landesvorstandes. Der Beschluss bedarf der Bestätigung durch den Landesausschuss.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind auf allen Ebenen auszuschließen. Auch bei der Beschäftigung von Teilzeitkräften und PraktikantInnen ist eine angemessene Vergütung zu gewähren.

In die Entscheidungsprozesse zur Personalstärkenfestlegung und -einstellung ist der Betriebsrat einzubeziehen. Entsprechende Stellenbeschreibungen sind anzufertigen, und dem Landesvorstand zur Beschlussfassung vorzulegen.

3.1.3. Ehrenamtliches Personal

Ehrenamtliches Engagement ist für DIE LINKE. Thüringen unverzichtbar. Ohne ehrenamtliches Engagement ist die Präsenz in der Fläche nicht realisierbar. Es ist daher notwendig durch Personalentwicklung und politische Bildung GenossInnen zu qualifizieren, um die vor uns stehenden Aufgaben erfüllen zu können. Vorrangig ist das Ehrenamt durch das Hauptamt zu fördern und in seiner Tätigkeit zu unterstützen.

3.2. Regionalstrukturen

Der Landesverband untergliedert sich nach einer Gebietsreform in Thüringen in Regionalverbände, die die neuen administrativen Strukturen abbilden. Bis dahin bleibt es den Gebietsverbänden freigestellt, sich zu Regionalverbänden zusammenzuschließen oder die Arbeit in den funktionierenden Struktureinheiten fortzusetzen (Freiwilligkeitsprinzip). Regionalverbände oder mehrere, in einer Region zusammenarbeitende, Gebietsverbände werden mit einer hauptamtlichen Vollzeitstelle unterstützt.

Dem/der Stelleninhaber/in werden folgende Aufgaben übertragen:

1. Unterstützung der Regionalverbände und -beiräte, Gebietsverbände und der Zusammenschlüsse der Partei sowie uns nahestehender Vereine und Organisationen,
2. Förderung und Unterstützung der regionalen politischen Arbeit der Kreisvorstände und kommunalen Fraktionen,
3. Kommunikation zwischen den Strukturen im Kreisverband und den Kreisverbänden in der Region sowie zwischen den Kreisvorständen und dem Landesvorstand,
4. Förderung des regionalen und landesweiten Erfahrungsaustausches,
5. Zusammenarbeit mit den in der Region zuständigen Abgeordneten und kommunalen MandatsträgerInnen,
6. Organisation und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit.

Die Landesgeschäftsstelle organisiert die Anleitung, Weiter- und Fortbildung der Stelleninhaber sowie den Erfahrungsaustausch in den Regionen.

In den Regionen werden Regionalbeiräte gebildet. Diese werden durch Mitglieder der beteiligten Kreisverbände und den Kreisverbänden gleichgestellten Stadtverbänden paritätisch besetzt. Sie unterstützen den/die RegionalmitarbeiterIn bei der Aufgabenerfüllung, führen die Regionalverbände organisatorisch und bereiten die Gründung von Regionalverbänden mit eigenen Regionalvorständen vor. Die Kreisvorstände und den Kreisvorständen gleichgestellten Stadtvorstände bleiben erhalten und behalten ihre satzungsgemäßen Aufgaben.

Den Regionen wird die Möglichkeit eingeräumt, nach einem Delegiertenschlüssel, entsprechend der Anzahl der Mitglieder in den beteiligten Kreis- und Stadtverbänden Regionalvorstände zu wählen. In diesem Falle übernehmen die Regionalvorstände die satzungsgemäßen Aufgaben der Kreisvorstände, die Kreis- und ihnen gleichgestellten Stadtvorstände übernehmen aber weiterhin die politische Betreuung und Führung des Verbandes und der kommunalen Fraktionen in den Kreisen bzw. Städten.

3.3. Kreis- und Stadtverbände

Die gegenwärtige Anzahl der Kreis- und Stadtverbände bleibt in den Strukturen bis zu einer kommunalen Neugliederung erhalten. Etwaige Veränderungen durch eine kommunale Gebietsreform werden zu dem Zeitpunkt berücksichtigt, ab dem diese in Kraft treten. Die Stadtverbände in ehemals kreisfreien Städten bleiben erhalten, verlieren aber den Status, einem Kreisverband gleichgestellt zu sein und werden den neuen Kreisverbänden untergliedert. Die Parteistrukturen sind an die neuen Gebietskörperschaften anzupassen. Die Finanzhoheit verbleibt bei den Kreisverbänden. (Finanzierung von unten). Arbeitsfähige Basisorganisationen bleiben erhalten, auf freiwilliger Basis erfolgt der Zusammenschluss in Orts- bzw. Stadtverbände. Vorherige Zusammenschlüsse sind auf freiwilliger Basis und nach kommunalen Neugliederungen möglich.

3.4. Vorstandsstrukturen

Für die Vorstände auf allen Ebenen ergeben sich daraus Funktionen, die unter Beachtung der Mindestquotierung, in jedem Vorstand – zu mindestens 50% durch Frauen – besetzt sein sollten:

1. ein/e Vorsitzende/r oder zwei Vorsitzende (oder Sprecherin/nen bzw. Sprecher),
2. ein/e oder mehrere stellvertretende Vorsitzende (oder Sprecher/innen),
3. ein/e Schatzmeister/in,
4. ein/e Geschäftsführer/in oder Organisationsbeauftragte/r, der oder die auch für die Mitgliederentwicklung zuständig ist,
5. weitere Vorstandsmitglieder, mit denen konkrete Zuständigkeiten (z. B. politische Bildung) verabredet werden.

Den Vorständen wird eine Geschäftsverteilung empfohlen, die mindestens folgende Zuständigkeiten regelt:

1. Wer spricht in den Medien (auch im Internet) für die jeweilige Gliederung?
2. Wer hält Kontakt zu den nach geordneten Gliederungen oder Gruppen und zur nächst höheren Gliederungsebene?
3. Wer hält Kontakt zur eigenen Fraktion/zur eigenen Fraktionen bzw. zu den Amtsträger/innen?
4. Wer hält Kontakt zum Jugendverband, zu den Gewerkschaften, zu wichtigen Vereinen/Verbänden der Region?
5. Wer kümmert sich um das Parteileben, um die neuen (und vorhandenen) Mitglieder und um die politische Bildung?
6. Wer kümmert sich um Personalfragen (Kandidat/inn/en-Gewinnung...)
7. Wer führt Protokoll und sorgt für Beschlusskontrolle?

4. Personalentwicklung:

Das Ehrenamt ist eine freiwillige und ehrenvolle Tätigkeit, die Menschen aus Interesse an den Zielen und der Politik unserer Partei leisten. Das achten und schätzen wir. Ehrenamtlich Tätige haben unsere volle Unterstützung. Notwendig ist die Möglichkeit des unkomplizierten Wechsels zwischen verschiedenen Aufgabengebieten der Partei, eine Angleichung von Aufgaben- und Stellenbeschreibungen ist nötig und eine Personalentwicklung, die hauptamtliche und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt fördert und qualifiziert. Ein Personalentwicklungskonzept für DIE LINKE Thüringen ist zu beschließen, dass die gesamten Facetten der Parteiarbeit umfasst und auch Wege für GenossInnen zur Weiter- und zur Berufsausbildung aufzeigt. Karriere in, mit und durch DIE LINKE. darf kein Tabuthema sein.

Die Stärken und Kompetenzen unserer BildungspartnerInnen, wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Kommunalpolitischen Forums müssen weiter entwickelt werden. Hierzu bedarf es auch einer arbeitsfähigen LAG Kommunalpolitik und deren Unterstützung.

Das auf Bundes- und Landesebene erfolgreiche Mentoring-Programm ist auf eine Erweiterung zu überprüfen um die kommunale Ebene und die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit einzubeziehen.

5. Mitgliederentwicklung

Es ist eine zwingende Aufgabe für uns als Landesverband, neue Mitglieder zu gewinnen und bisherige Mitglieder zu halten.

5.1. Mitglieder halten

In den Jahren 2010/2011 waren die Mitgliederverluste enorm hoch. Die Quote der Austritte ist dringend zu reduzieren, denn es ist allemal leichter Mitglieder zu halten, als neu zu gewinnen.

Es sind die großen und grundsätzlichen Themen, soziale Gerechtigkeit und der Wunsch nach Unterstützung der Partei und Ihrer Politiker, die die Mitglieder in der Partei halten.

Wenn diese Themen im Parteialltag nicht mehr erkannt werden, geht die Bindung zwischen Partei und Mitglied verloren. Die Vorstände müssen dafür sorgen, dass die großen gemeinsamen Ziele in der Arbeit vor Ort spürbar und stärker als persönliche Differenzen sind. Alle Mitglieder wollen und sollen ihre Partei als einen Ort erleben, wo über politische Differenzen hinweg Gemeinschaft und Solidarität in den großen gemeinsamen Anliegen der Partei erfahren wird. Sie wollen ihre ehrenamtliche Arbeit sinn- und planvoll eingesetzt und gewürdigt sehen, sie werden motiviert, wenn das eigene Engagement Teil eines sinnvollen Ganzen ist.

Viele Mitglieder sind auch außerhalb der Partei stark engagiert. Zeit ist für sie - und ganz besonders für Frauen - ein wichtiger Faktor. Darum sollen Parteitermine so organisiert werden, dass sie von Vielen wahrgenommen werden können, dass sie gut vorbereitet und ergebnisorientiert in einer überschaubaren Zeit abgeschlossen werden können, dass Kinderbetreuung und Ambiente stimmen.

5.2. Mitgliedergewinnung

Mitgliedergewinnung ist nur dann erfolgreich, wenn DIE LINKE. Thüringen als Mitgliederpartei mit „Gebrauchswert“ wahrgenommen wird. Beteiligungsangebote, demokratische Entscheidungen und Transparenz laden zum Mitmachen ein. Die Wahljahre 2013 und 2014 werden gezielter als bisher auch für die Mitgliedergewinnung genutzt. Mitgliedergewinnung muss eng mit den Kampagnen und Aktionen der Partei gekoppelt werden. Ein Konzept/ eine Handlungsvorlage zur Mitgliedergewinnung- und Betreuung in Beschlussform wird dem Landesvorstand bis November 2012 vorgelegt werden.

Die bisherigen Initiativen zur Mitgliedergewinnung sind ein guter Anfang, sie müssen jetzt qualitativ und quantitativ auf ein neues Niveau gehoben werden. Unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort verlangen dabei unterschiedliche Herangehensweisen und Maßnahmen. Konkrete Hilfestellungen aus den Geschäftsstellen vor Ort und besonders durch die Bundes- und Landesgeschäftsstelle sind unerlässlich. Mitgliedergewinnung bedeutet nicht nur die Erfassung der Daten neuer Mitglieder sondern ihre aktive Integration in die Partei. Jedes neue Mitglied verändert die Partei und verändert sich mit der Partei. Die Frage an potentielle Mitglieder „Was muss geschehen, damit du eintrittst?“ bringt es auf den Punkt.

6. Finanzen

Die finanzielle Entwicklung des Landesverbandes steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Mitgliederentwicklung. Die hohen Mitgliederverluste durch Tod oder altersbedingten Austritt sind nicht nur schmerzhaft, sondern auch Verluste an Lebenserfahrungen und Engagement. Sie bedeuten auch starke finanzielle Verluste. Um diese Verluste auffangen zu können und die Einnahmen zu erhöhen, ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig. Die Verantwortung dafür liegt auf vielen Schultern, nicht nur auf denen der Schatzmeisterinnen und Schatzmeister. Da die Beiträge unsere wichtigsten Einnahmequellen sind, muss jedes Mitglied sensibilisiert werden, seinen Beitrag regelmäßig und entsprechend der Beitragstabelle zu zahlen.

Die bisherige Finanzierung des Landesverbandes "von unten" wird beibehalten. Beiträge werden durch die Kreis- und Stadtverbände eingezogen und die beschlossenen Beitragsanteile an den Landesverband abgeführt. Spenden und Mandatsträgerbeiträge verbleiben in den Gliederungen, die sie einnehmen. Mit der Bildung von Regionalverbänden mit eigenen Regionalvorständen geht die finanzielle Hoheit auf diese über. Die Landesfinanzordnung ist entsprechend zu ändern.

Für die Landespartei sind alle Einnahmequellen und Sparmaßnahmen zu prüfen. Diese sind schrittweise umzusetzen. Dazu gehören insbesondere:

7. Erhöhung des durchschnittlichen Mitgliedsbeitrages auf mindestens 13,50 €/ Monat
8. Weitere Umstellung der Beitragszahlungen auf Lastschriftinzug,
9. regelmäßige landesweite Spendenaktionen und gezielte Betreuung von Spenderinnen und Spendern,
10. Aktualisierung und Realisierung von Mandatsträgervereinbarungen lt. Parteitagbeschluss,

11. Effektivierung der Arbeit durch Informationsflüsse und Strukturen
12. Nutzung aller Synergieeffekte sowie
13. zentrale Materialbeschaffung, Einkäufe usw.

7. Kommunikation

Die innerparteiliche Kommunikation ist ständig weiter zu verbessern. Das Kommunikationskonzept ist weiter zu entwickeln und umzusetzen. Dabei sind neue Medien genauso einzubeziehen, wie bisherige Kommunikationswege, welche aufeinander abzustimmen und zu verknüpfen sind. Informationen müssen zielgenau und schnellstmöglich an die zuständigen Vorstände und Mitglieder weitergereicht werden. Regelmäßig sollten z. B. Chat-Sprechstunden, Telefonkonferenzen zwischen Vorstandsmitgliedern, Mitgliedern von Fraktionen, Kreisvorsitzenden und Mitgliedern stattfinden. Den Mitgliedern der Partei ist in der Landesgeschäftsstelle eine telefonische Mitglieder-Hotline anzubieten, bei der sie direkt Vorschläge, Fragen und Stellungnahmen loswerden können.

Die externe Kommunikation, die Kommunikation in die Gesellschaft mit und durch die Medien ist dabei mit zu betrachten und weiter zu entwickeln. Die AG Öffentlichkeitsarbeit berichtet regelmäßig über die Erfahrungen der LiMA, BAG und LAG Rote Reporter mit entsprechenden Vorschlägen für die geplanten Regionen. Sie analysiert die bestehenden kleinen Zeitungen und Internetseiten in den Kreis- und Stadtverbänden und unterbreitet Vorschläge zur Herausgabe und Betreuung in den Regionalverbänden. Damit erreichen wir eine verbesserte Information der Mitglieder und EinwohnerInnen in der Region und eine Entlastung der ehrenamtlichen Strukturen. Die Zusammenarbeit mit linken Verlagen ist regelmäßig zu überprüfen und weiter zu entwickeln. Dadurch können Leser und Leserinnen linker Publikationen für die Arbeit der Partei interessiert werden.

8. Satzungsänderungen

Mit dem Beschluss des Eisenberger Parteitages wurde die Voraussetzung zur Schaffung der Regionalverbände gelegt. Die Zusammenarbeit funktioniert auf sehr unterschiedlichem Niveau. Hier sind eine stärkere Zusammenarbeit und eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse anzustreben. Notwendige Satzungsänderungen, die darüber hinausgehen, sind vorzubereiten, um die Bildung von Regionalbeiräten und Regionalvorständen sowie deren politische Arbeit in den Regionen zu ermöglichen.

Wir wollen ein lernendes System schaffen, welches nicht in starren Regelungen verharrt, um Fehler rechtzeitig zu erkennen und aus ihnen lernen zu können.

9. Technische und räumliche Voraussetzungen

In jedem Landkreis, jeder kreisfreier Stadt, ist in eine Geschäftsstelle vorzuhalten, die unter Beachtung gesetzlicher Bestimmungen in Zusammenarbeit mit einem Abgeordneten des Bundestages oder Landtages (Bürogemeinschaft) zu betreiben ist. Bei Gebietsreformen werden die Geschäftsstellen beibehalten, die in Bürogemeinschaft mit einem Abgeordneten betrieben werden.

Die Regionalgeschäftsstellen sind mit den erforderlichen technischen Ausrüstungen auszustatten und an einem zentralen Ort, ggf. in Bürogemeinschaft, einzurichten. Über, den Standort der Regionalgeschäftsstellen entscheiden die Regionen eigenständig. Dort hat der/die Regionalmitarbeiter/in und der Regionalbeirat bzw. Regionalvorstand seinen Geschäftssitz. Die Regionalgeschäftsstellen werden als Servicebüros für die Regionen ausgebaut.

10. Fazit

DIE LINKE. Thüringen wird weiterhin gebraucht. Sie muss sie sich als Partei weiterentwickeln, die demographischen Veränderungen der Gesellschaft positiv aufnehmen und in Ihren Konzepten und Strukturen zu ihrem eigenen Nutzen umsetzen. Nur so wird es uns gelingen dauerhaft Mitgliederpartei zu sein, die Politik zu Gunsten der Menschen zu verändern, zu entwickeln, umzusetzen und ihnen nahezubringen. Dafür brauchen wir jedes Mitglied an jeder Stelle in und außerhalb der Partei, in Vereinen, sozialen Verbänden, Gewerkschaften, Wohngebieten und an ihren Arbeitsplätzen. DIE LINKE. Thüringen ist eine Solidargemeinschaft, in die jedes Mitglied das einbringt, was es einbringen kann und will.

Weil wir mehr als andere Parteien über unsere Mitglieder politisch wirksam sein wollen, sind wir in besonderer Weise auf aktive, engagierte und motivierte Mitglieder angewiesen. Dazu brauchen wir in einem Flächenland wie Thüringen moderne Strukturen. Es gilt Voraussetzungen zu schaffen, um möglichst viele Mitglieder und SympathisantInnen in die Arbeit einzubeziehen, technischen Anforderungen und modernen Kommunikationserfordernissen zu entsprechen. Attraktive Angebote, die öffentliche Wahrnehmung und das Wirken der LINKEN auf allen Ebenen sind Grundvoraussetzung für eine dauerhaft erfolgreiche LINKE in Thüringen.

Nach der Beschlussfassung durch den Landesparteitag ist der innerparteilichen Diskurs zur Zukunft Der LINKEN Thüringen weiter zu führen. Darin sind die Parteistrukturen, der Jugendverband, die Landesarbeitsgemeinschaften einzubeziehen.

Die Linke Thüringen – Stark für die Zukunft!